

# Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inlerate pro Seite: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Ortelmalberstr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Hirsch-Dünder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandskassier, Rudolf Klein, N.O., Ortelmalberstr. 22/23, einzuweisen sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 28.

Berlin, 13. Juli 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Heimarbeiterzählung Juli 1906. — Der politische Klassenstreik. — Berichte der preussischen Gewerbräte für 1905. — Zum Textilarbeiterstreik in Forst. — Bodenschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

## Heimarbeiterzählung Juli 1906.

In den nächsten Tagen erhält jeder Ortsvereinskassierer eine Fragekarte von der Hauptverwaltung seines Gewerksvereins zugestellt. Auf dieser Karte soll die Zahl der im Ortsverein organisierten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen angegeben werden. Durch die Angabe soll ermittelt werden, wieviel Mitglieder innerhalb der Deutschen Gewerksvereine insgesamt als Heimarbeiter erwerbstätig sind. Die auf der Karte stehenden 4 Fragen beziehen sich nur auf die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder, die Heimarbeit im Haupterwerb und im Nebenerwerb verrichten. Die sonstigen Verhältnisse der Branche bleiben von der Zählung unberührt.

So einfach die 4 Fragen sind, so kann doch die Beantwortung manchen Vereinskassierer in Verlegenheit bringen. Denn in der Mitgliederliste ist beim Nationale nur das Gewerbe angegeben, aber nicht die Art der Beschäftigung. Bei älteren Mitgliedern, die viele Jahre dem Verein angehören und die Arbeit gewechselt haben, ist der beim Eintritt angegebene Beruf vielfach überhaupt nicht mehr maßgebend. Durch die Fragekarte soll aber die gegenwärtige Beschäftigungsweise ermittelt werden, insofern der beim Eintritt in der Fabrik Beschäftigte jetzt als Heimarbeiter tätig ist. Im umgekehrten Verhältnis ist auch manches Mitglied dem Verein als Heimarbeiter beigetreten, zurzeit aber in der Fabrik beschäftigt.

Bei kleinen Ortsvereinen wird die Fragebeantwortung weniger Umstände machen, da der Kassierer die Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder kennt. In Großstädten hingegen, wo die in verschiedenen Stadtvierteln verstreut wohnenden Mitglieder öfter wechseln und sich einer um den anderen weniger kümmern, gewinnt der Kassierer gewöhnlich erst durch die Arbeitslosenmeldungen Einblick in die Arbeitsverhältnisse. Einerseits haben Heimarbeiter keine Neigung ihre Existenzsorgen anderen zu offenbaren, andererseits hat der Kassierer keinen Anlaß unbefugter Weise in die Existenzverhältnisse seiner Mitglieder einzudringen. Man verkehrt kollegial in den Versammlungen und bei sonstigen Gelegenheiten miteinander und berührt das Arbeitsgebiet nur bei besonderen Anlässen.

Nun sollen aber die Mitglieder examiniert werden, ob sie in einer Fabrik oder bei einem Meister im Hause oder außer dem Hause als Vorgesetzte arbeiten, ob sie eigene Kundschafft haben oder in ihrer Wohnung für Fabrikanten, Kaufleute oder Zwischenmeister erwerbstätig sind, ob sie als Fabrikarbeiter nach Feierabend Halbfabrikate mit nach Hause nehmen und fertig machen usw. Ein solches Examen wird manches Mitglied für eine Belästigung halten. Jedoch wird sich eine Heimarbeiterzählung ohne dieses Verhör nicht bewerkstelligen lassen, namentlich in solchen Ortsvereinen, wo die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder mehrheitlich einem verschlossenen Buche mit sieben Siegeln gleichen. Es ist aber nicht die pure Neugierde, die zur Fragestellung führte.

Das Arbeitsverhältnis ist der Grundstein, auf dem das Gewerksvereinsgebäude ruht. Wären die Lohn- und Arbeitsbedingungen

überall gute und gleichmäßige, dann wären die Gewerksvereine in ihrer jetzigen Form überhaupt nicht. Demnach besteht die vornehmste und Hauptaufgabe der Gewerksvereine in der Aufbesserung der schlechten und der Regelung der ungleichen Arbeitsverhältnisse und in der Verteidigung des Erwerbenden. Hierauf beruht auch das ganze Unterstützungswesen. Folglich hat auch die Organisation als solche das Recht und die Pflicht, in die Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder einzudringen und die zur Abhilfe der Mißstände erforderlichen Mittel in Anwendung zu bringen. In dem in Frage stehenden Falle kann die Erforschung aber nur durch die Ortsverwaltungen geschehen.

Warum ist das nicht schon früher geschehen? — Diese Frage ist berechtigt, ihre Beantwortung aber leicht. Denn die ganze Heimarbeiterfrage ist mit allem was drum und dran hängt erst in der Neuzeit eine öffentliche Frage geworden. Den ersten Anstoß dazu gaben die Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetze. Die Fabrikenspektion, die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen und vieles andere war manchen Fabrikherren un bequem. Sie richteten sich anders ein und ließen verschiedene Arbeiten außerhalb der Fabrik von Heimarbeitern anfertigen. Hierdurch vermehrte sich die Zahl dieser Arbeiterkategorie. Das in der Fabrik Verbotene und Straf bare vertrieb sich in die verborgenen Schlupfwinkel der Hausindustrie, die von den Schutzgesetzen nicht getroffen wird.

Die Entlohnung der Heimarbeiter ist vielfach geringer als die der Fabrikarbeiter. Bei Lohnbewegungen behelfen sich Fabrikanten mit dem Vergeben gewisser Arbeiten an die in Privatwohnungen Beschäftigten, die auch weniger Korpsgeist und Solidari tät zeigen. Daraus entstand der Haß organisierte Fabrikarbeiter gegen die Hausindustrie im allgemeinen, weil die Heimarbeiter, wenn auch nicht immer, so doch oft unliebame Konkurrenz machen und den niedrigeren Lohn durch Verlängerung der Arbeitszeit auszugleichen suchen. Hiermit nicht genug, denn es gibt auch Fabrikanten, die in ihren Betrieben eine neunstündige Arbeitszeit haben, alle Gesetzvorschriften erfüllen, aber ihre Leute so schlecht entlohnen, daß sie gezwungen sind, halbfertige Artikel zu Hause zu vollenden.

Ende dieses Jahres wird der Reichstag sich eingehend mit der Heimarbeiterfrage beschäftigen, da dieselbe ein Eingreifen der Gesetzgebung als notwendig erachtet wird, damit die Mißstände sich nicht ins Ungemessene vergrößern und unausstrotzbar einwurzeln. Mag auch noch manches Detail der Aufklärung bedürfen, es ist soweit gekommen, daß die Heimarbeit als solche fast alle Parlamentarier, Minister und Sozialpolitiker interessiert. Was dabei auch herankommen mag, allenthalben beginnt eine lebhafteste Tätigkeit, die erfreulicherweise auch in dem sozialverständigen Bürgertum tatkräftige Unterstützung findet. Dem gewaltigen Drängen wird sich die Reichsregierung nicht entziehen können, um wenigstens die ärgsten Auswüchse der Heimindustrie durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen.

Die Forderungen der Deutschen Gewerksvereine sind bereits in Nr. 24 und 25 dieses Blattes dargelegt. Auf alle Einzelheiten einzugehen, wird sich bei Eröffnung der Reichstags session Gelegen heit finden. Unterdessen haben die in den Gewerksvereinen organisierten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen die Pflicht, aus sich herauszutreten und mit aller verfügbaren Energie auf die öffentliche Meinung und die gesetzgebenden Körperschaften einzuwirken. Nicht

Arau Sozialländer 1,04. Schuhmacher: Hauptkasse 3,19, Stargard 1,56. Stahlarbeiter: Duisburg 1,25, Koist 21,97, Großenhain 4,81, Weidau 2,08. Töpfer: Duisburg 1,04, Elbing 1,30. Summa Markt 114,66. Berlin, den 2. Juli 1906. R. Klein, Hauptkassierer. G. Klavon, Hauptkontrollier.

Verfassungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 - 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. - Sängerkörpers der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 - 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. - Sonnabend, 7. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Ab. 8 1/2 Uhr Hauptplauwestr. 14-16. L.-D.: Monatsbericht und sonstige Angelegenheiten. - Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr Vers. im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 222. L.-D.: dort. - Frauen und Mädchen I. Sonntag, 8. Juli, morgens 7 Uhr, Ausflug nach Friedrichshagen. Sammelpunkt: Schillerischer Bahnhof. Für Nachzügler bis 12 11 Uhr Restaurant Rübenthal. Gäste willkommen. - Köln a. Rh. Graphische Berufe. Sonnabend, 7. Juli, ab. 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Jörgen“, Jfabrikstr., Ecke Jakobstr. Vortrag des Kollegen Kleiber über: „Was zwingt die Arbeiter gerade zum Eintritt in die Deutschen Gewerksvereine?“. - Kiel. Schiffszimmerer. Sonnabend, den 7. Juli, abds. 8 Uhr vereinigte Versammlung bei Schmitt „Zur Erholung in Ulstedt“. Vortrag des Kollegen Kästle über: Die gegenwärtige Arbeiterbewegung.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Distrikterklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei

Brauer, Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen). - Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4 bis 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wlb. Schulte-Rattler, Distrikterklub. - Greifswald (Ortsverband). Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2 - 10 Uhr, im Lokale des Herrn Gnesow, Kohmarkt 1, Distrikterabend. - Hannover und Umgegend (Ortsverband). Die Besprechungsstunden des Ortsverbands Viedertafel finden jeden Dienstag Abend 9 Uhr im Restour. a. „Pampfen“, Brühlstraße statt. - Türen (Ortsverband). Sonntag, 4. Juli, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Veith. - Hagen (Ortsverband). Sonntag, 4. Juli, nachm. 4 Uhr, Ortsverbandsversammlung bei Herrn Albrecht Bender in Borhalle. L.-D.: 1. Protokoll und Mitteilungen. 2. Kassensbericht pro 1. Halbjahr 1906. 3. Festschrift. 4. Vortrag, Referent: Kol. Mar. Sonnenmann-Gamm über: Karteile und Sonntag. 5. Verschickenes. - Oberhausen und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 4. Juli, vorm. 11 Uhr, Vertreterprüfung im Lokale des Wirts Helfertamp, Wilhelmstr. 10.

Literatur.

Vortragstoffe für Volks- und Familienabende. Herausgegeben von Max Hermann Barth in Ruhlsdorf und Dr. Karl Schirmer in Magdeburg. Verlag von Friedrich Engelmann in Leipzig. Jeder Vortragstoff bildet ein abgeschlossenes Heft zum Preise von 50 Pfg. Heft 1 und 5 kosten je 25 Pfg. Bis jetzt erschienen 10 Hefte. Heft 1: Maria, ein sozialistischer Märtyrer. Heft 2: Mirabeau. Heft 3: Polen und Deutsche, ein geschichtlicher Rückblick. Heft 4: Napoleon in Ägypten. Heft 5: Johann Cicero. Heft 6: Johann I. Reher. Heft 7: Klopstock Lyrik. Heft 8: Die Jugend Friedrichs des Großen. Heft 9: Petöfi. Heft 10: Aus dem alten Rom. - Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.

Anzeigen=Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein Jahrgang 1905 aus feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken 3,50, sonst 6 Mk. NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben. Verbandsbureau: Berlin NO., Greifswalderstr. 221/223. Geldsendungen an Verbandsbureau R. Klein, Berlin NO., Greifswalderstr. 221/223.

Gewerkverein der Deutschen Bauhandwerker u. a. Personen (S.-D.) Der Gewerkverein der Bauhandwerker stellt zum 1. August d. J. einen Agitationsbeamten an. Berufscollegen, welche mindestens 5 Jahre Gewerksvereiner sind, in der Agitation bewandert und mit der Arbeiterversicherung und den übrigen sozialpolitischen Fragen vertraut sind, wollen ihre Bewerbungen bis spätestens 10. Juli d. J. an das Bureau des Gewerksvereins der Bauhandwerker (Magdeburg-Pl., Luisenstraße 14) einbringen. Den Bewerbungs schreiben ist ein Aufsatz über die Tätigkeit eines Agitationsbeamten und über die bisherige eigene Tätigkeit in den Gewerksvereinen beizufügen. Hauptbedingung: Rednerisch und schriftlich bewandert. Der Generalrat des Gewerksvereins der Deutschen Bauhandwerker.

Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Leipzig. Achtung! Sonntag, 15. Juli 1906 werden alle Gewerksvereinscollegen von Leipzig, Halle, Weiskensfeld, Werfjeburg und Schwendig höflichst ersucht, zahlreich mit Damen im Restaurant „Waldfater“ in Schwendig zu einem gemeinsamen Beisammensein sich einzufinden. Zu Punkt 4 Uhr nachmittags hat Kollege Ed. Sauer, Lokalbeamter der Maschinenbauer Leipzig, welcher sich an dem Ausflug beteiligt, die Begrüßungsansprache mit anschließendem Referat bereitwillig übernommen. NB. Nach diesem findet Tanzbelustigung statt usw. Kollegen von Leipzig! Treffpunkt: Schützenhof, früh 7 Uhr, Abmarsch Punkt 1/8 Uhr. Ortsverband Leipzig. J. K. Gollmann.

Photographie des Verbandsbureaus der Deutschen Gewerksvereine in Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23, photographirt v. Rud. Thiesen vorzüglich ausgefallen, Cartongröße 88/45 cm, wirkungsvolles Ausstattungsstück für Vereinslokale. Portofrei zu beziehen gegen vorherige Einsendung von 2 Mark an Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23. Straßfund (Ortsverband). Herb. zur Heimat, Bleistriche. Karten bei E. B. F. W. S. P. I., Badenstr. 20. Schramberg i. B. (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinscollegen erhalten 70 Pfg. beim D.-B. Kassierer R. Geenter, Schillerstr. 105.

Kranken-Zuschußkasse des Gewerksvereins der Deutschen Frauen zu Berlin. (Eingetragene Hilfskassa Nr. 143). Gemäß § 25 letzter Abschnitt der Satzungen beruht hiermit der Hauptvorstand eine außerordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 5. August dieses Jahres, nachmittags 3 Uhr in Berlin, Greifswalderstraße 221/23 ein. Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl des Hauptvorstandes und des Ausschusses. 2. Antrag auf Auflösung der Kasse. Berlin, den 2. Juli 1906. Für den Hauptvorstand: Frau Bittsch, Hil. Brennenstuhl, Frau Havenstein, Borkpenke, Kassiererin, Schriftführerin.

Stellt Tageszeitungen in den Dienst der Organisation. Erscheinungsort: Weissenfels a. S. und abonniert die Grosses Tagesblatt mit Beilagen! Mitteldeutsche Volkszeitung (Schlesische Arbeiterzeitung) Organ der Gewerksvereine H.-D. für Mitteldeutschland, Provinz Schlesien und die Lausitz. Erstes täglich erscheinendes Gewerksvereinsblatt mit ausgesprochenem Gewerksvereinscharakter. Allen Gewerksvereinscollegen zum Abonnement bestens empfohlen. Probenummern gratis vom Verlag in Weissenfels a. S.

Für die Verbandsgenossen!! Mehl-Offerte für Hausbedarf! Nur freibleibend! Bei Entnahme von einem und eventl. mehreren Originalsäcken liefern ich selten preiswert und vorteilhaft für den Haushalt der Genossen gegen Netto-Kassa bei Ablieferung in Berlin frei Haus. Pa. Kaiser-Auszugs-Weizenmehl Marke „Victoria“ à Mt. 31,00 pro Sack à 100 kg. - Marke „Glabeth“, ungar. à Mt. 34,00 pro Sack à 100 kg. Marke „Sijeda“, ungar. à Mt. 34,50 pro Sack à 100 kg auf baldigsten Befehl!! Mit Verbandsgrüßen August Brendicke, Berlin O. 27, Wallner-Theaterstr. 16. Teleph.: Amt 7, 3693. Witten. Verpflegungsfarten bei Heinrich Diegemann, Bergstr. 7. Fürstenwalde. Durchreisende Kollege, erb. 70 Pf. bei jedem Vereinskassierer. Hagen. Durchreisende erhalten im Winterhalbjahr 1 Mt. und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei Karl Guth, Bendischstr. 1. Eisenach (Ortsverband). Karten beim Kassierer Edmund Hartmann, Bismarckstr. 10.

minder haben die Fabrikarbeiter ein Interesse daran, angesichts der allgemeinen Bewegung der Heimarbeitfrage näher zu treten und bei der Sammlung des Materials behilflich zu sein. Denn die Erforschung der Uebelstände wird noch viele Zeit und ernstes Studium erfordern, um zu einem abgeklärten Urteil zu gelangen, auf das der Gesetzgeber sich stützen kann.

Von diesem Gesichtspunkt ist die Heimarbeitserhebung zu betrachten und zu beurteilen. Es ist innerhalb der Gewerkschaften weiter geschritten, darüber kann erst nach Beendigung der Zählung und nach Bekanntgabe des Resultats entschieden werden. Bei dem Verständnis, das die Vereinsvorstände bei anderen statistischen Umfragen bekundeten, darf wohl erwartet werden, daß auch bei dieser Erhebung die mit der Zählung Beauftragten gern die Mühe übernehmen. Größere Ortsvereine werden alle Faktoren: Ausschüsse, Vertrauensmänner und Kassaboten in Anspruch nehmen müssen, eine wahrheitsgetreue Angabe zu ermöglichen. Dem großen Zweck zuliebe wird sich die Mühe lohnen. Wohlan denn! Frisch ans Werk! Vielleicht bereitet die Zählung nicht solche Schwierigkeiten als es den Anschein hat. Probieren geht über Studieren. Der gute Wille findet sicherlich den Weg zum erwünschten Ziel.

Berlin, 9. Juli 1906.

Das Bureau des Zentralks.

Der politische Massenstreik.

August Bebel ist durch die Veröffentlichung von Teilen des Protokolls über die zwischen dem Parteivorstand und der General-Kommission in Sachen des Massenstreiks stattgefundenen geheimen Verhandlungen mächtig in die Patsche geraten. Wir haben Auszüge aus dem Protokoll bereits in Nr. 26 des „Gewerksverein“ veröffentlicht und möchten jetzt den weiteren Verlauf dieses eigenartigen Vorganges weiter verfolgen. Zunächst ist der Vorgang ein Beweis dafür, wie eng die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften verbunden sind. Die bereits veröffentlichten Stellen aus dem Geheimrat über den Massenstreik haben sowohl die General-Kommission der Gewerkschaften als auch August Bebel und den sozialdemokratischen Parteivorstand zu Erklärungen herausgefordert.

Die Äußerungen über den Massenstreik müßten eigentlich für die Gewerkschaften als abgeschlossen gelten; denn der Gewerkschafts-Kongreß zu Köln verwarf denselben grundsätzlich. In der nach einem Referat von Hölzelburg angenommenen Resolution heißt es: „Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.“

So beschlossen am 26. Mai 1905 zu Köln am Rhein. Wie die neuesten Vorkommnisse beweisen, ist die Inzenerierung eines Massenstreiks bei den Gewerkschaften noch nicht in Bebel aufgegangen. Die notorische Furcht der General-Kommission der Gewerkschaften vor der sozialdemokratischen Partei läßt es zu, daß man sich gegenseitig in ein erneutes Schwärmen über die Möglichkeit eines Massenstreiks eingelassen hat. Dieser Handel war notwendig geworden, nachdem sich der Parteitag in Jena direkt gegen den Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses aussprach. Um diese Klust zu überbrücken fanden am 16. Februar d. J. die bekannten Verhandlungen zwischen Vertretern der General-Kommission der Gewerkschaften und dem Parteivorstand statt, worüber die Arbeiterschaft jetzt erfährt, wie man in der Sozialdemokratie Schindluder mit ihr spielt.

Zur Abschwächung des von uns wiedergegebenen Protokollauszuges erließ Bebel im „Vorwärts“ am 26. Juni eine Erklärung, worin er es ablehnet, sich als Gegner des Generalstreiks ausgesprochen zu haben. Er konstatiert, daß das in dem Protokoll über die Konferenz der Zentralverbände wiedergegebene Referat des Genossen Silber-Schmidt über die Verhandlungen zwischen General-Kommission und Parteivorstand voll von Mißverständnissen ist und namentlich die von ihm während der Verhandlungen skizzierten sechs Punkte, die Silber-Schmidt dem Sinne nach wiedergegeben haben will, hart entstellt wiedergegeben sind.

Bebel verzichtet aber darauf, näher auf die streng vertraulichen Verhandlungen einzugehen. Er tritt nur mit, daß der Zweck der Konferenz, für den Fall eines Massenstreiks in bezug auf die innewahrende Taktik zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Zentralverbänden der Gewerkschaften die möglichen Grundlagen zu einer Verständigung zu schaffen, erreicht wurde. Er verrät auch in seiner Erklärung, daß der Parteivorstand die General-Kommission zu den Einigungs-Verhandlungen eingeladen hat. Sollte Bebel Recht behalten, dann haben die Mitglieder der General-Kommission nicht nur eine gehörige Schlappe erlitten, sondern auch entgegen dem Kölner

Gewerkschaftskongresse an die Partei Konzessionen gemacht. Die Legien, Umbreit und Genossen sahen schon schwarz in die Zukunft, und erließen ebenfalls eine Erklärung. Zu der Behauptung Bebel's, daß seine sechs Punkte über den Massenstreik entstellt wiedergegeben sind, konstatieren die Vertreter der General-Kommission, die an der Sitzung mit dem Parteivorstand am 16. Februar d. J. teilgenommen haben,

„daß die Sätze oder sogenannten Thesen in der Sitzung von dem Genossen Silber-Schmidt während der Ausführungen des Genossen Bebel wiedergegeben wurden. Silber-Schmidt verlas sodann diese Sätze und wurden von dem Genossen Bebel einige Momente gemacht, die Berichtigung fanden. Darauf verlas Genosse Silber-Schmidt die Sätze nochmals und wurde nach dieser endgültigen Feststellung den Vertretern der General-Kommission der Auftrag, die Sätze, so wie sie nun festgelegt waren, der Konferenz der Vorstandsvertreter zur Beratung zu unterbreiten. Die Sätze sind in dem Protokoll über die Beratungen der Konferenz so wiedergegeben, wie sie in der Sitzung am 16. Februar festgesetzt wurden.“

Das Protokoll über diese Sitzung wurde den Parteivorstand gleichfalls übersandt. Dieses bestätigt Legien in einer besonderen Erklärung:

Weiter ist zu bemerken, daß dem Parteivorstand drei Exemplare des Protokolls über die Beratungen der Konferenz am 9. Mai zugefandt worden sind und daß ich am gleichen Tage dem Genossen Wollenbaur als Mitglied des Parteivorstandes im Hoyer des Reichstages von der Absendung der Protokolle mit dem Bemerkens Kenntnis gab, daß die Zusendung entgegen der sonstigen Gepflogenheit über die Ausgabe dieser Protokolle erfolgte, weil es sich um eine Beratung handelte, von der der Parteivorstand Kenntnis haben mußte. Das Protokoll befindet sich also seit sechs Wochen in Händen des Parteivorstandes und bis heute ist der General-Kommission noch kein Wort darüber mitgeteilt, daß die sogenannten Thesen und in dem Referat Silber-Schmidts die Ausführungen Bebel's aus der Sitzung vom 16. Februar nicht richtig wiedergegeben seien.“

Der Parteivorstand entschuldigt diese Verzögerung mit der fahlen Ausrede, daß infolge Arbeitsüberbürdung ein näheres Eingehen auf das Protokoll unmöglich wurde. Weitere Erörterungen sollen gelegentlich einer neuen Konferenz mit der General-Kommission gepflogen werden, die wegen Abhaltung des internationalen Sozialisten-Kongresses, der nächstes Jahr in Stuttgart tagt, notwendig wird.

Jedenfalls mögen diese Enthüllungen den beiden Faktoren der sozialdemokratischen Partei sehr unangenehm sein. Für die Arbeiterbewegung sind sie sehr beschämend.

Wäre die sozialdemokratische Partei imstande, die entsetzlichen Folgen eines Massenstreiks zu tragen? Der Idealismus, der den deutschen Arbeitern immer bei derartigen Gelegenheiten gepredigt wird, verunstet, wenn der Magen knurrt. Die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter überhaupt würden bei der eintretenden Katastrophe die Leidtragenden sein.

Den Gewerkschaften erwächst die Pflicht, ein wachsames Auge zu haben und den Demagogen die Maske vom Gesicht zu reißen. Der Schleier ist gelüftet. Gebildeten Arbeitern kann es nicht schwer fallen, den Betrug zu erkennen, der gegen die Arbeiterschaft von jenen Leuten getrieben wird, die so tun, als wären sie die einzigen Vertreter der Arbeiterinteressen.

# Berichte der preussischen Gewerberäte für 1905.

III.

- 1. Die Bedeutung der Arbeiterausschüsse in Fabriken. 2. Die Arbeiterorganisationen. 3. Tarifverträge und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. 4. Der Arbeiter wirtschaftliche Lage.

In der letzten Nummer wurde mitgeteilt, wie der Zentralverein deutscher Industrieller über die Arbeiterausschüsse urteilt. Ueber die Bedeutung und Wirksamkeit dieser Institutionen sind in der vorliegenden Berichtsjahre von den preussischen Gewerberäten besondere, recht umfangreiche Beobachtungen angestellt worden, auf welche jetzt etwas näher eingegangen werden soll.

So sind die Arbeiterausschüsse in einer großen Reihe von Aufsichtsbezirken wenig oder gar nicht verbreitet. Der Regierungs- und Gewerberat Beckmann-Bromberg schreibt hierüber: „Das Endurteil der Gewerbeaufsichtsbeamten über die bisherigen Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen lautet in kurzen Worten:

Die Einrichtungen sind an wenigen Stellen dem Namen nach vorhanden, sie treten in Wirklichkeit kaum in die Erscheinung.“ „Die Arbeiterausschüsse haben bisher nur eine geringe Verbreitung und keinen erheblichen Einfluß geübt“ heißt es aus Hannover, „so daß sich im allgemeinen ihre Tätigkeit auf die Mitwirkung bei dem Erlasse oder der Abänderung von Arbeitsordnungen beschränkt“. Ähnlich lauten die Urteile aus den Regierungsbezirken Hildesheim (S. 247), Saxeburg (S. 256), Arnsherg (S. 300) und Bielefeld (S. 346). Der Regierungs- und Gewerberat Leymann aus dem letzteren Aufsichtsbezirk äußert sich endlich dahin: Arbeiterausschüsse, die wirklich eine der Absicht des Gesetzes entsprechende vermittelnde Tätigkeit ausüben, werden selten gefunden.“

Auch die von einigen Aufsichtsbeamten mitgeteilte Statistik bestätigt die geringe Verbreitung der Arbeiterausschüsse. Der Regierungs- und Gewerberat Culicetus-Merleburg schreibt darüber: „Die Zahl der im Jahre 1901 vorhandenen 83 Arbeiterausschüsse hat sich nicht verändert. Von 817 Fabriken mit wenigstens 20 Arbeitern besitzen nur 10,15 pCt. einen Arbeiterausschuß. . . . Von den 83 Ausschüssen des Bezirks sind im Berichtsjahre 33 überhaupt nicht zusammengetreten.“

„Unter den mindestens 20 Arbeiter beschäftigenden Anlagen, deren im Berichtsjahre 460 mit zusammen 44 400 Arbeitern gezählt wurden“ meldet der Bericht aus Eisleburg-Stade, „gab es nur 42 Betriebe mit zusammen 15 160 Arbeitern, für welche Arbeiterausschüsse bestehen. Im Gewerbeinspektionsbezirk Frankfurt a. M. I wurden nur in 44 von 473 Arbeitsordnungen Angaben über die Zusammensetzung und Tätigkeit von Arbeiterausschüssen gefunden. Die letzte Statistik findet sich im Berichte des Aufsichtsbezirktes Aachen. Dort bestehen in 72 Betrieben mit 20 516 Arbeitern Arbeiterausschüsse, so daß 26,7 pCt. der gesamten Arbeiterschaft durch Ausschüsse im Sinne des 134b der G.-D. vertreten sind.“

Wie stellen sich nun die Arbeitgeber zu den Arbeiterausschüssen? „Gegen die Einrichtung von Arbeiterausschüssen als vermittelndes Organ zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“ wird aus Magdeburg berichtet, „verhalten sich die Arbeitgeber meist ablehnend“. „Die Mehrzahl der Arbeitgeber ist den Arbeiterausschüssen abgeneigt, verkündet der Regierungs- und Gewerbeberater Rittershausen-Erfurt, in der Besorgnis, sich einen ungewissen Machtfaktor in der Fabrik zu schaffen, welcher nicht zur Aufrechterhaltung des Friedens beiträgt“. „Man fürchtet offenbar diese Parlamente in der Fabrik“ heißt es kurz und doch vielsagend aus Schleswig. Der Regierungs- und Gewerbeberater Müller-Rindden betont ganz offen, daß ganz besonders in der Stadt Bielefeld, „wo die Arbeiterorganisationen festen Fuß gefaßt haben“, die Arbeitgeber von der Wirksamkeit der Arbeiterausschüsse wenig erbaut seien. Warum? „Weil sie meistens ohne jede Rücksicht auf den Arbeitgeber nur die Interessen der Arbeiter vertreten“. Der energische Widerstand gegen die Einführung von Arbeiterausschüssen seitens der meisten Betriebsinhaber, wird damit erklärt, daß sie bei den zahlreichen Arbeiterausständen der letzten Jahre die Erfahrung gemacht hätten, daß hinter den Arbeiterausschüssen als treibende Kraft die Arbeiterorganisationen ständen.

Hören wir noch, welche Beobachtungen der Regierungs- und Gewerbeberater Hartmann-Lieber über diese Frage gemacht hat. Er behauptet:

„Während die einen darin nur ein ihnen von der Arbeiterschaft abgerungenes Zugeständnis und ein lediglich im Dienste der bei ihnen wenig beliebten Arbeiterorganisation stehendes Agitationsinstitut erblicken, mit dem sie so wenig wie möglich zu schaffen haben wollen, erkennen die anderen darin ein vollkommenes Mittelglied zwischen Betriebsinhaber und Arbeiterschaft, das ihnen die Enttarnung und Beseitigung berechtigter Klagen erleichtert und manches Mißverständnis aufklärt, das sonst zu ernstlichen Härten führen könnte. Zwischen diesen beiden Extremen steht die weitaus größte Zahl der Gletschüglichen, die die Arbeiterausschüsse lediglich zu einem bestimmten Zwecke errichtet haben und sich kaum noch um sie kümmern.“

Im großen ganzen ist also die Sympathie für diese Einrichtung bei den Arbeitgebern recht selten, und es ist unverkennbar, daß sie immer mehr zurückgeht. Man kann nur der treffenden Ansicht des schon oben genannten Merseburger Aufsichtsbeamten beipflichten, daß die wichtige Aufgabe, ein Bindeglied zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu bilden, die Ausschüsse nur da erfüllen können, wo ihnen von verständnisvollen und wohlwollenden Arbeitgebern ein bestimmt vorgezeichneter Wirkungskreis mit tatsächlichen Rechten und Befugnissen zugewiesen und wo die Ausschüsse von dem aufrichtigen und allgemeinen Vertrauen der Arbeiterschaft getragen sind. Weil aber diese Voraussetzungen in vielen Fällen nicht vorhanden seien, führten diese Ausschüsse meist ein Scheinleben und erfüllten ihren Zweck in keiner Weise.

Wenn man sieht, mit welcher Ausführlichkeit und Gründlichkeit die Aufsichtsbeamten die Bedeutung der Arbeiterausschüsse behandeln, fällt als gewaltiger Kontrast in die Augen, welche geringe Würdigung sie den Arbeiterorganisationen angedeihen lassen. Darf man sich über diese sozialpolitisch rückwärtstretende Art der Berichterstattung in Preußen noch wundern?! Keineswegs! Während in den süddeutschen Fabrikinspektoren-Berichten den Arbeiterorganisationen meist ein besonderes ausführliches Kapitel gewidmet wird, muß man in den preussischen schon mit der Lupe danach suchen, wenigstens einige Zeilen über deren Wirksamkeit zu finden. Mit 4 Zeilen z. B. findet sich der Dresdener Aufsichtsbeamte ab. Er hat weiter nichts beobachten können, als daß es mehrfach zu Grenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gewerkschaften gekommen sei. Die Ordreverwaltung des Metallarbeiterverbandes habe den Austritt aus dem Gewerkschaftsstatut erklärt, als ihr Antrag auf Ausschluß der Fabrikarbeiter abgelehnt wurde. Und der Regierungs- und Gewerbeberater Pirsch-Münster weiß zu berichten: „Die Arbeiterorganisationen erfüllten eine recht rege Tätigkeit, die sich äußerlich namentlich in der Abhaltung zahlreicher Versammlungen... bemerkbar machte. Ihre Tätigkeit galt vornehmlich der Einführung des zehntägigen Arbeitstages für die Arbeiterinnen und hatte den Erfolg, daß dieser von einigen Firmen, und zwar in dem einen Falle mit 5 bis 10 pCt. Lohnerhöhung bewilligt wurde“. Mit 2 Zeilen werden im Wiesbadener Bericht die Arbeiterorganisationen abgetan. Es heißt da lakonisch: „Die gewerkschaft-

lichen Organisationen der Arbeiter sind im Berichtsjahre äußerst rührig gewesen.“

Dagegen wird ausführlich über den ingeniosen Plan berichtet, den die Berliner Metallwarenfabrikanten ausgeheckt haben, um sich und ihre Arbeiter von dem Zwange der Arbeiterorganisationen frei zu machen. „Diesen mutigen Arbeitern, welche auf Ehrenwort versichern, daß sie keiner Arbeitervereinigung angehören, die bei Streiks, Aussperrungen usw. ihren Mitgliedern Gelder zahlt, soll eine neue, „goldene Fessel“ in Gestalt einer Arbeitslosenunterstützung ohne Beitragsleistung der Arbeiter angelegt werden.“

Unsere Gewervereinsfreunde werden gern auf diese Vorteile verzichten, da sie die hohe Bedeutung und die gewaltige Macht der Berufsvereinigung zu schätzen wissen und ihre selbstgeschaffenen Einrichtungen gegen die schweren Folgen der unbedingtesten Arbeitslosigkeit sicherlich einer „goldenen Fessel“ vorziehen werden. —

Unter dem Einflusse und dem Drucke der Arbeiterorganisationen wurden im verflossenen Jahre in Preußen eine ziemlich erhebliche Anzahl von Tarifverträgen zwischen einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von solchen abgeschlossen. Der Potsdamer Aufsichtsbeamte faßt sein Urteil über die Wirksamkeit derartiger Verträge dahin zusammen, daß sie wohl geeignet seien, friedliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. Aus Raumangel kann auf die einzelnen Verträge, so verlockend dies auch wäre, leider nicht mehr eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, daß solche in den Berichten der Gewerbeämter von Danzig (S. 17), Arnberg (S. 298/99), Kassel (S. 331) und Köln (S. 405/6) angeführt werden.

Ebenso scheint die Einrichtung der Gewinnbeteiligung der Arbeiter erfreulicherweise Fortschritte zu machen, wie aus zahlreichen Mitteilungen der amtlichen Berichterstattung zu entnehmen ist. (Vergl. die Berichte Berlin (S. 93), Liegnitz (S. 153), Merseburg (S. 204), Hildesheim (S. 251), Münster (S. 270), Minden (S. 284/5), Wiesbaden (S. 356) und Kassel (S. 357).)

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, die zum Schlusse noch betrachtet werden soll, sprechen sich die Gewerbeämter nur sehr wenig ausführlich aus. Der Eisleburger Aufsichtsbeamte widmet diesem wichtigen Kapitel sage und schreibe nur sechs, sein Kollege von Magdeburg sechszehn Druckzeilen! Und was wissen die anderen amtlichen Berichterstattung von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu vermelden? Fast wörtlich heißt es darüber: „Während der gesunde Geschäftsaufschwung an zahlreichen Stellen eine Lohnerhöhung und damit eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeiführen konnte, hat andererseits die leider eingetretene Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere der Fleischpreise diesen Fortschritt wieder aufgehoben, so daß gegenüber dem Vorjahre im allgemeinen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nicht besser geworden ist“ oder kurz: „Die Lebenshaltung der Arbeiter wurde durch die während des Berichtsjahres herrschenden hohen Fleischpreise ungünstig beeinflusst“. Daß die hohen Fleischpreise und andere Umstände zeitweilig unter die Arbeiter Unruhe brachten, hört man aus dem Bericht aus Oepplen.

Es ist wohl kaum zu hoffen, daß die nächsten Berichte ein rosigeres Bild über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter werden entwerfen können. Dafür dürfte die neue Zoll- und Steuerpolitik, deren drückender Einfluß auf das Budget der Arbeiterschaft sich bis dahin gewiß noch empfindlicher als jeher, bemerkbar gemacht haben wird und muß, schon von selber sorgen.

### Zum Textilarbeiterstreik in Jork.

Infolge Einführung einer neuen Arbeitsordnung legten am Montag 2. Juli ca. 7000 Personen die Arbeit nieder. Die neue Arbeitsordnung enthält einige ungünstige Bestimmungen, wie Einführung der Stücklohnabrechnung für die Weber und Vorlegung eines Arbeitsnachweis-Scheines. Bisher bestand für die Weber keine Kündigung.

Die neue Arbeitsordnung enthält aber auch Bestimmungen, welche für die Arbeiter günstiger sind. Dies trifft besonders auf die Strafbestimmungen zu. Nach der alten Arbeitsordnung konnten Strafen festgesetzt werden für fehlerhafte Waren, ohne dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht darüber zu ermöglichen. Nach der neuen Arbeitsordnung muß der Arbeiter die Fehler anerkannt haben und seine Zustimmung zum Abzug geben.

Nach der alten Arbeitsordnung konnten bei Kontraktbruch (die Spinnerarbeiten hatten 14 tägige Kündigung) Strafen in Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes verlangt werden; nach der neuen Arbeitsordnung jedoch nur bis zur Höhe eines Viertels des durchschnittlichen Wochenlohnes.

Die Arbeiter erblickten jedoch in der neuen Arbeitsordnung eine Verschlechterung gegenüber den vorherigen Arbeitsbedingungen, verweigerten die Annahme der neuen Arbeitsordnung und es kam zum Streik.

Einer von den Arbeitern gewählten Kommission gelang es, mit dem Vorstand des Unternehmer-Verbandes Verhandlungen anzu-

über die Wirksamkeit der Durchführung der verschiedenen Arbeiterschutzgesetze erhalten."

Als Delegierter der deutschen Gesellschaft für Soziale Reform nimmt auf Beschluß des Zentralrats unser Verbandsredakteur Abg. Karl Goldschmidt an den Verhandlungen in Genf teil.

Der Verein der Deutschen Kaufleute veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht. Derselbe enthält so viel interessante Einzelheiten über die sozialpolitische Tätigkeit des Vereins, daß wir darauf noch eingehend zurückkommen werden.

In dieser Woche geht allen Ortsvereinen mit der Organisation ein vom Gewerbeverein der Deutschen Tischler herausgegebenes Flugblatt zu, welches die Angriffe des Holzarbeiterverbandes auf unsern Gewerbeverein der Tischler beweiskräftig widerlegt. Jeder Ortsverein erhält 3 Exemplare zur Information. Ortsvereine, die das Flugblatt zwecks Agitation verbreiten wollen, wollen sich an das Bureau des Gewerbevereins der Tischler, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23, wenden.

**Arbeiterbewegung.** Etwa 200 Weber einer größeren Textilfabrik in Colmar haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen den Zehnstundentag und zehn Prozent Lohnerhöhung. Es ist zu befürchten, daß die Bewegung andere Betriebe in Mitleidenschaft ziehen wird. — Eine plötzliche Lohnbewegung ist unter den Textilarbeitern in Glauchan und Meerane ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen eine Verbesserung der Löhne um 20 pCt. — Der umfangreiche Streik der Textilarbeiter in Forst ist dank den Bemühungen der Organisationsvertreter und dem einmütigen Vorgehen aller Organisationen, des Gewerbevereins, des „freien“ und des christlichen Textilarbeiterverbandes, erfreulicherweise schnell beendet worden. Wir verweisen hierzu auf den besonderen Artikel. — Der Arbeitgeberverband des Baugewerbes in Nürnberg und Fürth beschloß, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitern ergebnislos verliefen, die allgemeine Aussperrung der Maurer, Steinhauer und Bauhilfsarbeiter. Etwa 4000 Personen würden dann brotlos werden. — In Mannheim legten 250 Schlosser und Schmiede der Streikwerke wegen Lohn Differenzen die Arbeit nieder. — Sämtliche Maurer und Bauarbeiter in Braunschweig sind in einen Streik eingetreten. — In Erfurt bereiten die Holzarbeiter eine umfangreiche Lohnbewegung vor, die bereits zu einer Arbeitsniederlegung geführt hat. Die Arbeiter verlangen Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Die bisher gepflogenen Verhandlungen sind gescheitert und ist ein allgemeiner Ausstand unvermeidlich. 1200 Personen sind daran beteiligt. — Die seit drei Monaten bestehende Aussperrung im Malergewerbe zu Lübeck ist beendet worden, da die Meister eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde bewilligten. — Einen Lohntarif auf 2 Jahre haben die Dachbedeckergesellen in Chemnitz mit den Meistern abgeschlossen. Nach dem Tarif ist die tägliche Arbeitszeit je nach der Jahreszeit auf 10, 9 und 8 Stunden festgelegt. Der Stundenlohn beträgt ab 1. Juli 1908 55 Pfg., bei Arbeiten an Lünnen wird pro Tag eine Zulage von 1,50 Mk. gewährt. Junge Leute werden nach Leistung bezahlt, und erfahrene Hilfsarbeiter erhalten 35 Pfg. Stundenlohn. Bei auswärtigen Arbeiten, bei denen die Arbeiter zur Uebernachtung gezwungen sind, wird pro Tag 2 Mk. Auslösung und freie Bahnfahrt gewährt. — Der Tarif der Bau-, Blei- und Bildergläser sowie der Glasmaler in Berlin und Umgegend läuft am 1. August ab und haben die Arbeiter den Arbeitgebern einen neuen Vertrag unterbreitet. Der bisherige Stundenlohn von 85 Pfg. soll bis auf 85 Pfg. stufenweise erhöht werden. Die Arbeitszeit soll acht Stunden betragen. Da bereits vor dem Ergebnis der Einigungsverhandlungen eine große Zahl Arbeitnehmer ihre Arbeitsstätte verließen, verweigerten die Meister jedes Entgegenkommen und sperrten sämtliche Gehilfen aus. In Betracht kommen über 400 Meister und ungefähr 600 Gesellen. — Seit beinahe drei Monaten sind die Arbeiter in den Schiefergruben des Sauerlandes ausständig. An eine Beilegung der Differenzen ist vorläufig noch nicht zu denken. — Die infolge der Meiseier vorgenommene Aussperrung der Buchbinder wird noch aufrecht erhalten. Die Mittel der Organisation sind vollständig aufgebraucht. Die Buchbinder mögen sich für die Vernichtung ihrer Organisation bei den Leuten vom Mairummel bedanken.

Der um die neue Arbeitsordnung in den Forster Fabriken entstandene aber inzwischen wieder beiliegige Kampf (siehe den besonderen Artikel hierüber) hat den Oberbürgermeister von Forst veranlaßt, eine Rechtsbelehrung zu veröffentlichen, aus der wir folgendes entnehmen:

Die den Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellende Arbeitsordnung wird einseitig von dem Arbeitgeber allein erlassen.

Den Arbeitnehmern, soweit sie großjährig sind, muß vor dem Erlaß der Arbeitsordnung lediglich Gelegenheit gegeben werden, sich über den Inhalt derselben zu äußern.

Eine ausdrückliche Anerkennung der Arbeitsordnung

in schriftlicher oder mündlicher Form kennt das Gesetz nicht; insbesondere liegt eine solche auch nicht in der Annahme eines Exemplars der Arbeitsordnung, welches in Buchform den Arbeitern ausgehändigt, von den meisten derselben aber zurückgewiesen ist, offenbar in der vollständig irrthümlichen Auffassung, daß sie mit der Annahme des Buches den Arbeitsvertrag vollziehen und die Arbeitsordnung anerkennen.

Der Arbeitsvertrag kommt einzig und allein durch den Aushang der Arbeitsordnung an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle, und zwar an dem in derselben bestimmten Tage, frühestens aber 2 Wochen nach erfolgtem Aushang, in rechtskräftiger Form zustande.

Die Aushandigung der Arbeitsordnung an den Arbeiter, welche gesetzlich übrigens nur bei seinem Eintritt in die Beschäftigung vorgeschrieben ist, hat auf die Rechtsverbindlichkeit des Inhalts derselben gar keinen Einfluß.

Nach unseren Informationen ist die den Gegenstand der Differenzen bildende neue Arbeitsordnung in sämtlichen hiesigen Textilbetrieben am 15. Juni durch Aushang mit dem Bemerken erlassen, daß sie am 1. Juli in Kraft treten soll.

Seit dem 1. Juli ist demzufolge in allen hiesigen Textilfabriken die neue Arbeitsordnung sowohl für den Arbeitgeber wie für den Arbeiter allein rechtsverbindlich.

Verschiedene mündliche oder gedruckte Botschaftungen haben gestern die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß nach der alten Arbeitsordnung weiter gearbeitet werden könne.

Eine solche Möglichkeit ist im jetzigen Augenblick für keinen Arbeitgeber und keinen Arbeiter gegeben.

Selbst wenn ein Arbeitgeber diese Möglichkeit verwirklichen wollte, so könnte er es nur in der Weise tun, daß er die alte Arbeitsordnung erst durch neuen Aushang neu erläßt, wobei sie nicht vor Ablauf von zwei Wochen in Kraft treten würde.

**Löhne in der bergischen Textilindustrie.** Fräulein Dr. Elisabeth Gottheimer hatte eine Schrift: „Studien über die Wuppertaler Textilindustrie und ihre Arbeiter in den letzten 20 Jahren“ in „Schmollers staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen“ veröffentlicht. Die Verfasserin hatte unter anderem auch die Behauptung aufgestellt, daß die Lage der Arbeiterinnen im Wuppertale eine solche sei, daß viele von ihnen des Erwerbs willen in die Arme des Lasters getrieben würden. Gegen diese Behauptung kämpft die Barmer Handelskammer in ihrem Jahresbericht für 1905 mit einer Statistik über die Lohnverhältnisse der männlichen und weiblichen Textilarbeiter. Nach dieser Statistik hat die größere Mehrzahl der erwachsenen männlichen Textilarbeiter einen Wochenverdienst von 18—30 Mk. Als mittlerer Wochenverdienst der erwachsenen weiblichen Arbeiter werden 15—17 Mk. angegeben. Nur bei den Spulerrinnen sei als mittlerer Verdienst 13 Mk. anzulegen. Löhne unter 10 Mk. können nur selten vor und nur bei ganz ungelübten Kräften. Die Handelskammer legt auseinander, daß die Arbeiterinnen in der Regel Witwenkinder in der Familie seien. Von 707 befragten Fabrikarbeiterinnen seien nur 115 auf ihren Verdienst direkt angewiesen gewesen. Davon aber hätten  $\frac{1}{2}$  mehr als 600 Mk. jährlich verdient.

Eine alleinstehende auf sich selbst angewiesene Arbeiterin dürfte unseres Erachtens mit einem Lohn von zirka 600 Mk. jährlich im Barmer Wirtschaftsgebiet doch kaum eine ausreichende Existenz führen können. Die Statistik der Handelskammer hat daher die Behauptungen des Fräulein Dr. Gottheimer über die zu niedrigen Löhne doch nicht bündig widerlegen können.

Ueber die Textilindustrie im Handelsbezirk Siegen ist verbreitet sich der Bericht der Siegeniger Handelskammer für 1905 in folgender Weise:

Der Umstand, daß die ansehnliche Entfaltung der Industrie sich trotz der russischen Wirren, des oft getrüben politischen Himmels und des ungünstigen Preisstandes der Roherzeugnisse zu vollziehen vermochte, läßt die Annahme berechtigt erscheinen, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage vielleicht länger als sonst anhalten wird. Die lebhatte industrielle Tätigkeit ergriff nach dem Bekanntwerden der neuen Zollsätze zunächst die Ausfuhrindustrie, machte sich dann aber auch als Rückwirkung auf die für den heimischen Absatz arbeitenden Erwerbszweige geltend. Damit wurde die Arbeitsgelegenheit, und die Wirkung hiervon war eine wesentliche Vermehrung der Kaufkraft in den Hauptbevölkerungsschichten. Die das Angebot weit übersteigende Nachfrage nach Arbeitskräften unterstützte erfolgreich die Arbeiter in ihren Bestrebungen, höhere Löhne zu erlangen. Die Aussichten auf die Zukunft sind nicht die besten, die Arbeiterverhältnisse lassen die Hoffnung auf wirtschaftliche Weiterentwicklung in keinem hohen Maße erscheinen. Obwohl die Lage der Arbeiter erheblich gebessert worden ist, sind im Berichtsjahre, wie kaum je vorher, Streiks und Aussperrungen an der Tagesordnung gewesen. Es sei hierbei auf den großen rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik, die Lohnbewegungen in der bayrischen und Berliner Metallindustrie und den sächsisch-thüringischen Textilarbeiterstreik hingewiesen. Auch sei der mehrfachen in Schienen, selbst in unserem Bezirk, vorgekommenen Arbeitsunterstellungen Erwähnung getan. Sehr zu wünschen wäre es, daß der Zusammenschluß der Arbeitgeber aus Anlaß der fortwährenden Angriffe auf Einzelbetriebe, die Erkenntnis zeitigen möchte, daß eine gemeinsame Abwehr endlich doch zu einer Verminderung solcher wirtschaftlichen Kämpfe führen wird.

Für die Siegeniger Handelskammer ist der „Zusammenschluß der Unternehmer“ eine Notwendigkeit geworden. Auffällig ist nur, daß der Bericht hierfür die Arbeitsfreitigkeiten in anderen Landes-teilen heranzieht. Hoffentlich merken sich die Textilarbeiter diesen Rat an die Unternehmer, denn ihnen tut der feste

bahnen. (Die Vertreter der Organisationen wurden jedoch von den Unternehmern zu den Verhandlungen nicht zugelassen.) Die Ergebnisse der Verhandlungen sind im nachstehenden Protokoll niedergelegt worden:

Als Beauftragte der Arbeiterschaft waren Herr Moritz Sommer und Herr Adolf Krost bei Herrn Stübner erschienen und hatten um eine Unterredung mit den Vertretern der Arbeiter ersucht. Diese Unterredung war ihnen seitens des Herrn Stübner auf heute vormittag 10 Uhr in Aussicht gestellt worden. Der Grund, aus welchem der hiesige Arbeitgeberverband den Arbeit-vertretern die Aussprache bewilligt hat, war der, die Arbeiter über die Rechtslage bezüglich der Einführung und des Bestehens der neuen Arbeitsordnung aufzuklären und irrige Auffassungen einiger Punkte dieser Arbeitsordnung zu beseitigen.

Da inzwischen durch eine öffentliche Bekanntmachung der hiesigen Polizeiverwaltung in der Nr. 153 des „Körner Tageblattes“ die Rechtslage umfaßend beleuchtet ist und die Arbeitgeber auch nicht in der Lage zu sein erklärten, an der neuen Arbeitsordnung etwas zu ändern, konnte es sich nur noch darum handeln, missverständliche Auffassungen bezüglich der Schadenersatzansprüche, des Einbehaltens von Lohn bei Kontraktbruch, der Einstufung und der Gelegenheit zum Waschen und Ankleiden, aufzuklären.

Nur wenn auch seitens der anwesenden Vertreter der Arbeiter erklärt würde, daß sich die Unterhaltung nur auf diese vier Punkte erstrecken soll, erklärten die Arbeitgeber in der Lage zu sein, die Besprechung zu eröffnen.

Mit dieser Bedingung erklärten sich die Vertreter der Arbeiter einverstanden.

Anwesend waren bei der Verhandlung im Kontor der Firma B. Thomas: Herr Paul Stübner, Herr G. M. Schulz, Herr Franz Aclius, Herr Konstantin Altmann, Herr August Müller, Weber bei der Firma Gustav Aclius, Herr Richard Schläpfer, Reitenberger bei der Firma Emil Sommer, Herr Adolf Krost, Reitenberger bei der Firma Elias-Badische Metallabrik, Herr Otto Meyer, Weber bei der Firma Carl Gust. Elge, Herr Richard Krost, Weber bei der Firma Paul Hammer, Herr Paul Illach, Weber bei der Firma Hugo Büchel, Herr Robert Regele, Weber bei der Firma Carl Gust. Elge. Verhandelt wurde über die neue Arbeitsordnung, und folgendes wurde festgestellt bzw. vereinbart:

Zu Punkt 1: Schadenersatzansprüche:

Die Arbeitgeber machen darauf aufmerksam, daß nach § 7 Absatz 1 der neuen Arbeitsordnung zu der Schadenersatzpflicht unbedingt ein Verschulden seitens des Arbeiters gehört. Wenn das Verschulden und damit die Schadenersatzpflicht seitens des Arbeiters nicht anerkannt wird, kann der Schaden nicht vom Lohn geführt, sondern der Klageweg muß beschritten werden, wenn der Arbeitgeber auf den Schadenersatz nicht verzichtet.

Zu Punkt 2: Lohnverwirkung:

Es wird konstatiert, daß in der neuen Arbeitsordnung bezüglich der Lohnverwirkung eine Verbesserung gegenüber der alten, und zwar zugunsten der Arbeiter, enthalten ist.

Zu Punkt 3: Einstufung:

Die Einstufung der Arbeiter ist dahin zu verstehen, daß dieselben nach Vollenbung eines Stückes die Arbeit verlassen können. Die anwesenden Arbeitgeber werden ihren Kollegen empfehlen, bei Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von eventl. Entschädigungen an die Arbeiter, welche durch den Meister nicht geschlichtet werden konnten, die Arbeiter selbst zu hören.

Zu Punkt 4: Waschen und Ankleiden: § 6, Absatz 2 der neuen Arbeitsordnung ist wie folgt zu verstehen:

Die Arbeitgeber wollen und werden den Arbeitern auch in Zukunft in der bisherigen Art und Weise innerhalb der letzten 10 Minuten vor Arbeits-schluß Gelegenheit zum Waschen und Ankleiden geben.

Die anwesenden Vertreter der Arbeiter erklärten sich mit der ihnen seitens der Arbeitgeber gewordenen Auslegung der vorstehenden 4 Punkte einverstanden.

Das Protokoll wurde von allen Anwesenden unterzeichnet.

Die Vertreter der Organisationen: Verband deutscher Textilarbeiter, Gewerksverein Hirsch-Dunker, Christlicher Textilarbeiter-Verband, konnten nach Aufnahme dieses Protokolls eine Verschlechterung gegenüber den vorherigen Arbeitsbedingungen, welche einen Streik von 10 000 Personen rechtfertigen könnte, nicht mehr finden.

Da auch der Kampf ohne jede Zustimmung irgend eines Verbandes begann — die Arbeiter waren wegen der Verweigerung der Anerkennung der neuen Arbeitsordnung zum Teil aus den Betrieben gewiesen worden — so hielten es sämtliche Vertreter der Organisationen nunmehr für ihre Pflicht, in den sechs Versammlungen, welche am Mittwoch, 4. Juli, stattfanden, den Arbeitern dringend anzuraten, die Arbeit Donnerstag, 5. Juli, wieder anzunehmen. Das ist geschehen.

Die drei in Frage kommenden Organisationen haben in diesem Falle in vollständiger Übereinstimmung gehandelt.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Gewerksverein Hirsch-Dunker, Christlicher Textilarbeiter-Verband.

## Wochenchau.

Berlin, 10. Juli 1906.

Der Gewerksverein der Graphischen Berufe und Maler hält am 28. Juli und den folgenden Tagen in Gera, Etablissement Leibniz, seinen 9. ordentlichen Delegiertentag ab. Die Tagesordnung ist überaus reichhaltig. Als Delegierte nehmen an den Verhandlungen teil: Dabrun-Berlin, Reinholz-Schöneberg, Gollmann-Leipzig, Gübner-

Bausen, Schöbel-Düsseldorf, Fleischer-Röln, Wang-Zeig, Lindemann-Gera, Krämer-Horchheim, Gunders-Neubausen, Pfeil-Heidelberg, Blüsch-Weimen, Spröte-Halle, Schulze-Halle, Döschinger-Augsburg, Käuffer-Göppingen, Franke-Stettin, Büttner-Stettin, Weber-Zittau, Viskle-Gleiwitz.

Den Verband der Deutschen Gewerksvereine wird der Vorsitzende des Zentralrats Kollege Gustav Hartmann vertreten. Wir wünschen den Verhandlungen einen glücklichen Verlauf.

Eine internationale Staatenkonferenz für Arbeiterschutz findet auf Einladung der Schweiz am 17. September d. J. in Bern statt. Festgesetzt werden soll ein internationales Übereinkommen über das Verbot der weiblichen Nachtarbeit und „eventuell“, heißt es in der Bekanntmachung, ein gleiches Übereinkommen über das Verbot der Verwendung weißen (gelben) Phosphors in der Zündholz-Industrie. Für die Frage des Verbots der weiblichen Nachtarbeit in Deutschland hatte unser Dr. Max Hirsch an den Pariser Kongreß 1900 eine größere Arbeit geliefert. Red. d. G.). Zu diesem Programm gibt die Erläuterung des schweizerischen Bundesrates zu dem Rundschreiben an die beteiligten Staaten erwünschten Aufschluß. Zweck des bundesrätlichen Schreibens war, die Staaten aufzufordern, die Beschlüsse der Konferenz vom vorigen Jahre in Verträge umzuwandeln und zu diesem Vorhaben zu einer diplomatischen Konferenz zusammenzutreten. Bedingungslos haben der bundesrätlichen Einladung, wie nunmehr feststeht, zugestimmt Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. England knüpft an das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen die Bedingung, daß sich alle Länder, deren Wettbewerb in den durch die Übereinkommen berührten Industrien als ernstlich erscheine, beteiligten und daß für die an der Konferenz nicht vertretenen Staaten mit entwicklungsstärkender Industrie die Möglichkeit des späteren Beitritts in Betracht gezogen wird.

Außerdem wirft England die Frage auf, ob nicht für die Dauer der Übereinkommen eine Grenze festzusetzen sei und ob nicht eine Instanz geschaffen werden soll, an die man sich, falls eine der Regierungen die abgeschlossenen Übereinkommen nicht einhalte, wenden könne. Norwegen glaubt sich an dem Übereinkommen nicht beteiligen zu können, da es vorläufig nicht in der Lage sei, Verpflichtungen zu übernehmen.

In der Frage der Nachtarbeit äußern sich 13 Staaten zustimmend, 1 Staat ablehnend, während die Entscheide von dreien noch ausstehen. Auf Grund dieser Antworten ist der schweizerische Bundesrat zu der Meinung gelangt, daß der Festlegung eines internationalen Übereinkommens über die Nachtarbeit der Frauen nichts im Wege stehe. Man wird in der Tat damit rechnen dürfen, daß ein solcher Vertrag das positive Ergebnis der Konferenz sein wird. Als unverbindliche Grundlage für die Beratungen der Konferenz stellt der Bundesrat einen Vertrag-entwurf auf, der sich an die Beschlüsse der Berner Konferenz vom Jahre 1905 eng anlehnt.

Einen Entwurf für ein Verbot der Verwendung weißen (gelben) Phosphors in der Zündholzindustrie legt der Bundesrat, da kaum Aussicht vorhanden ist, daß ein solches internationales Übereinkommen zustande kommt, nicht vor, wenn er auch die Angelegenheit von dem Programm der Konferenz nicht absetzt. Die Schwierigkeiten, die diesem Programmpunkt des internationalen Arbeiterschutzes entgegenstehen, sind darin zu sehen, daß nach dem Ergebnis der letztjährigen Konferenz der Beitritt sämtlicher Staaten, die sich an der Konferenz beteiligt haben, verlangt und außerdem der Beitritt Japans gefordert wird. Schweden und Norwegen haben aber den Beitritt zu einem derartigen Übereinkommen abgelehnt, und Japan, das auch bezüglich der weiblichen Nachtarbeit noch keine Antwort gibt, weil die Untersuchungen darüber noch nicht abgeschlossen seien, bedauert, trotz der gesundheitlichen Wichtigkeit der Frage einen Entscheid nicht geben zu können. Ob sich unter diesen Umständen die andern zur Vertragsschließung bereiten Staaten über ein Verbot der Verwendung weißen Phosphors einigen werden, muß daher leider sehr bezweifelt werden.

Vom 26.—29. September tagt in Genf die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Zuerst sollte diese Konferenz früher tagen, mit Rücksicht aber auf die internationale Staatenkonferenz für Arbeiterschutz erfolgte die Verlegung auf den 26. September. Verhandlungsgegenstände sind: Bleiarbeit, industrielle Gifte, Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit, Versicherung ausländischer Arbeiter. Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz beruht auf die in den verschiedenen Ländern bestehenden Gesellschaften für Soziale Reform. Viele Staaten unterstützen die Bestrebungen dieser Gesellschaften, zum Teil auch mit materiellen Mitteln. Unter diesen Staaten befindet sich auch Deutschland. Die neu gebildete britische Gesellschaft für Soziale Reform hat der Genfer Konferenz folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Sektionen werden eingeladen, über die Durchführung des Arbeiterschutzes in ihren Ländern auf Grund eines vom Bureau aufzustellenden Fragebogens Bericht zu erstatten. Das Bureau soll auf Grund dieser Mitteilungen der Sektionen sodann eine vergleichende Darstellung

Herbig referierte über das Thema: „Wer übt Verrat?“ Zunächst geteilt er das Verhalten des Herrn Döhmeier vom Metallarbeiterverband in der Versammlung, welche vor kurzem der Metallarbeiterverband hier abgehalten hat. Sodann kam er auf die hiesigen Verhältnisse zu sprechen, wo es den Gewerksvereinen gelungen ist, verschiedene Verbesserungen zu erreichen. Der Gewerksverein hat immer seinen Mann gestanden. Redner legte in weitem Maße, wie man gegnerischerseits den Kampf gegen die Gewerksvereine zu führen suche und wie der Metallarbeiterverband die allein regierende Macht zu sein glaube. Er ging nun auf die einzelnen Fälle näher ein, in denen angeblich seitens des Gewerksvereins Verrat verübt sein soll. Redner erinnerte an Wehlisch, Gagnau, Erfurt, Bayern, ferner an die Berliner Ausperrung und schließlich an die Formetbewegung. Redner kennzeichnete dann noch das schlechte Verhalten verschiedener Gewerkschaftsführer, wie Hoffmann, Hieber, Cohen, Wesenthal, besonders des Cohen und die Spaltung des Metallarbeiterverbandes. Am Schlusse seines Referats gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die nun folgende Debatte eine recht rege werden möge. Zunächst meldete sich der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Herr Döhmeier, welcher sich die Verbändler kommen ließen, um die Gewerksvereine zu vernichten, denn nach ihren Aussagen wollten diese uns vollständig einfallen. Zunächst versuchte er die verschiedenen Angriffe zu widerlegen und verlas dann ein Flugblatt betr. Wehlisch. Ueberhaupt hat er meist vorgelesen. Hierzu kennzeichnete Kollege K l i e m a n n: Mallwig das Gebahren der dortigen Verbändler und kritisierte scharf das Verhalten Cohens. Es melbten sich noch verschiedene Redner beider Parteien. Bemerkenswert ist noch, daß das Mitglied Gander vom Metallarbeiterverband öffentlich als Streikbrecher gebrandmarkt wurde; wenn es nur ein Gewerksvereiner gewesen wäre! Nachdem die Rednerliste erschöpft war, erhielt Kollege Herbig das Schlusswort. Die Gewerkschaftler, welche schon während der Debatte sehr unruhig waren, machten nun einen solchen Rabau, daß die Versammlung auf 10 Minuten vertagt werden mußte. In dieser Zeit forderte Herr Döhmeier seine Trabanten auf, das Lokal zu verlassen. Ein Teil blieb jedoch zurück. Herr Döhmeier konnte sich ja nochmals in der Zwischenzeit schriftlich zum Worte melden, hat dessen nicht er jedoch verweigert. Nachdem es wieder ruhig wurde, hielt Kollege Herbig sein Schlusswort und schloß mit den Worten: Hinzu in die Gewerksvereine! Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Mit einem draufenden Hoch auf die Gewerksvereine wurde die Versammlung um 1/21 Uhr nachts geschlossen.

**Stettin.** Im hiesigen „Volkstoten“ wird ein wahres Sammelfest von Unwahrheiten über eine Versammlung veröffentlicht, die wir in U e f e r m ü n d e abgehalten haben. Diese Versammlung war einberufen vom Ortsverein der Maschinenbauer und sprach in derselben Kollege W o l f f - S t e t t i n. Der Vortrag beschäftigte sich mit den für den deutschen Metallarbeiterverband wenig glücklichen Vorgängen in Lorgelom. Wir hatten dazu den Metallarbeiterverband eingeladen und gebeten, Herrn Krügel als seinen Vertreter zu entsenden. Dieser Herr kam aber nicht, stattdessen erschien das Paraderpferd vom Stettiner Logengarten, Herr Hablich. Derselbe begann sein Debüt in der Versammlung mit dem Versuch, dieselbe zu sprengen. Das gelang ihm freilich nicht. Weil dem „Volkstoten“ die Rede Wolfss sehr un bequem ist, wird sie als alter Kohl bezeichnet; alten Kohl hat allerdings der Herr S a b b i c h serviert, denn er sprach im wesentlichen von Vorgängen, die bereits 50 Jahre zurückliegen, während er auf die Lorgelomer Vorgänge von 1906 absolut nicht kommen konnte. Von den Gewerksvereinern sprach er immer als von den „Hirschen“, bis es einem unserer Kollegen doch zu arg wurde und er dem Kohlbauer zurief: „Wenn Du noch mal „Hirsche“ sagst, dann bekommst Du ein paar Sommerjude gelant.“ Diese erste Zurechtweisung hat geholfen. Da er nun nicht mehr „Hirsche“ sagen konnte, war ihm auch der Stoff zum reden ausgegangen. Der Schweindelbericht des „Volkstoten“ behauptet nun noch, daß die Versammlung auf f e l d i t worden sei, das ist unrichtig. Ein kleines Intermezzo gab es allerdings am Schlusse. Ein blutjunger „Zielbewußter“ besaß die Unverschämtheit, sich an einen alten Gewerksvereiner zu vergreifen. Dieser verstand aber seinen Spaß und erstellte dem jungen Fämel sofort die wohlverdiente Zurechtweisung. Wenn die Verbändler es so weiter treiben, dann haben sie in B o r d o m m e r n bald angepielt. Die Arbeiterschaft laßt schon heute über die „Wiertänger“.

## Verbands-Zeile.

### • Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Protokoll der Vorstandssitzung vom 25. Juni 1906, abgehalten im Lokal Engelke, Stettin, Schifferstraße 9. Anwesend sind die Kollegen Kunow, Callies, Kuhlensamp und Frau und Bieglar; unentschuldig fehlt Kollege Hoffe. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr abends. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit Versammlungsberichten. Den ersten Bericht erstattete Kollege Callies über den Besuch der öffentlichen Versammlung der Maschinenbauer in Pasewalk. Das Referat ist in seiner Versammlung hatte Kollege Wolff-Stettin. Die Versammlung war schwach besucht, der Erfolg nicht befriedigend. An diesem Bericht schließt sich eine rege Aussprache über die am 14. Juli geplante öffentliche Versammlung des Ortsverbandes Pasewalk. Beschlossen wird, dem Vorstand dieses Ortsverbandes anheim zu geben, wenn der Erfolg voraussichtlich ebenfalls kein befriedigender ist, die Versammlungen bis zum Herbst zu verschieben. Der folgende Bericht war der des Kollegen Bieglar über die Versammlung der Maschinenbauer in Büchow. Die Versammlung war gut besucht und für unsern Verband erfolgreich. Kollege Kuhlensamp berichtet über den Besuch der Versammlung der Maschinenbauer Stettin. Die Versammlung war gut besucht. Diese Kollegen zeigen ein gutes Verständnis und Eifer für unsern Gewerksverein, jedoch für unsern Ausbreitungsverband zeigen die Kollegen kein Interesse. In diesem Bericht schließt sich eine rege Diskussion. Allgemein wird beantragt, daß diese Kollegen vergessen haben, daß unser Verband auch für ihren Ortsverein freigesprochen gewirkt hat. Deredes Zeugnis gibt die Agitationsarbeit bei Herr Stömer, wo nach jahrelangen Mühen es dem Ausbreitungsverband durch seine Flugblattverteilung gelungen ist, festen Fuß zu fassen. Also, Kollegen der Maschinenbauer Stettins, bekennt Euch! Kollege Kunow berichtet über den Besuch des Kollegen Bieglar in seinem Ortsverein.

Die Versammlung war zwar schwach besucht, jedoch das Referat über „Die Organe der Arbeiterversicherung und die Wahlen dazu“ wurde mit großem Interesse und Beifall aufgenommen. Auf Anregung des Schriftführers werden die jetzigen Verhältnisse im Ortsverband Stettin besprochen, allgemein wird anerkannt, daß wir unter allen Umständen diesen Ortsverband mit aller Kraft unterstützen müssen.

Betreffs der Ortswahl für den Kollegen Dietrich wird beschlossen, die Delegiertenversammlung am 11. August, abends 8 Uhr, bei Engelke abzuhalten. Gleichzeitig soll in dieser Versammlung, zu der auch sämtliche Kollegen von Stettin geladen werden sollen, ein Vortrag über Zweck und Ziele des Ausbreitungsverbandes gehalten werden.

Nach Erledigung mehrerer geschäftlicher und Agitationsangelegenheiten schließt der Vorsitzende die Sitzung um 10 Uhr abends.

R. Bieglar, Schriftführer.

**Quittung über gezahlte Beiträge vom 1. April bis inkl. 30. Juni:**  
 Maschinenbauer: Fredow Mk. 1,00, Stettin II 3,90, Wismar 2,90, Ecknig 6,00, Uckermünde 2,50, Grabow 8,10, Fabrik- und Handarbeiter: Eisenbürgen Mk. 1,50, Pasewalk 0,70, Stolp 1 4,90, Stolpmünde 5,00, Rathsdammig 3,90, Hinkenwalde 3,70, Demmin 4,25. Tischler: Fredow Mk. 5,40, Greifswald 3,90, Wismar 2,90, Thorn 2,80, Danzig 4,00, Stettin I, 70. Schneider: Graudenz Mk. 1,60, Stettin 3,60, Danzig 9,80. Schuhmacher: Greifswald Mk. 0,70, Graudenz 1,50, Stettin I, 10. Zigarrenarbeiter: Pasewalk 0,70, Stettin 1,30. Maler: Fredow Mk. 1,20. Bauhandwerker: Greifswald Mk. 0,80. Töpfer: Jägerhof Mk. 5,20. Frauen und Mädchen: Greifswald Mk. 0,60, Fredow 1,30. Weibliche Berufe: Stettin Mk. 1,50. Summe Mk. 102,35.

Franz Callies, Kassierer, Stettin, Holzstr. 15, III., Eing. Eisenbahnstraße.

### • Süddeutscher Ausbreitungsverband.

Protokollauszug der Vorstandssitzung am 3. Juli 1906 im Café Frohnhof. — Kollege Seig eröffnet um 7 1/4 Uhr die Sitzung wobei die Kollegen Seig, Brendle, Jenz, Gt. Dürr, sowie der Beamte, Kollege Bleicher anwesend sind. Entschuldigt fehlt der Kollege Glag; unentschuldig die Kollegen Dietrich und Darfs. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und anerkannt. Der in letzter Sitzung zurückgestellte Einlauf der Bereinigung der Maschinenbauer Augsburgs und Umgebung, betreffend eine jährliche Pauschsumme, kommt zur Beratung und wird brieflicher Bescheid erfolgen. Seitens der Bereinigung der Zertilarbeiter Augsburgs und Umgebung liegt ein gleicher Antrag vor; da jedoch auch hier nicht das Statut durchbrochen werden kann, wird an die Bereinigung die gleiche Mitteilung gelangen. Der D. H. der Fabrik- und Handarbeiter Bobingen wünscht am 8. Juli einen Referenten, und übernimmt Kollege Gt. das Referat. Ein Kollege in München ist ein neuzugründender Gewerksverein in Aussicht gestellt und wird Kollege Seig nach dort delegiert. Besuche um Redner liegen ferner vor, von den Orten Laupheim, Rothenburg und Ulm und finden dieselben zur gegebenen Zeit Berücksichtigung. Für den Beamten, Kollegen Bleicher, werden die Bureaustunden von früh 8 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr festgelegt; die Sprechstunden sind von 11 bis 1 Uhr und abends von 5 bis 7 Uhr. Kollege Bleicher gibt Bericht über die in Regensburg abgehaltenen Versammlungen. Den Kasienbericht pro II. Quartal erstattet Kollege Brendle und finden Einwendungen dagegen nicht statt. Die nächste Sitzung findet Dienstag statt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schließt Kollege Seig um 9 Uhr die Sitzung.

R. Jenz, Schriftführer.

### • Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerksvereine (G.D.)

**Zachsen Inhalt.**  
**Bekanntmachung.**  
 Der ordentliche Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes findet am Sonntag, den 29. Juli cr., vormittags 11 Uhr, in der „Wilhelma“, Lübeckstraße 125 zu Magdeburg-Reustadt statt.  
**Tagesordnung:** 1. Feststellung der Präsenzliste. 2. Tätigkeits- und Kasienbericht. 3. Vortrag: „Erdungnahme der Ausbreitungsverbände in der Gewerksvereinebewegung“. 4. Anträge. 5. Zeitung. 6. Wahl des Vorstands, des Vorstandes und des Orts des nächsten Delegiertentages.  
 Wir bringen hierdurch obige Bekanntmachung nochmals zur Kenntnisnahme unserer angeschlossenen Ortsvereine.  
 Magdeburg, 8. Juli 1906.

Der Vorstand: J. K.: R. Rubert, Schriftführer.

### • Kranken- und Begräbniskasse des Gewerksvereins der graphischen Berufe und Maler.

Eingeschriebene Hilstafel.  
 Die 8. ordentliche Generalversammlung wird hiermit endgültig auf den 30. Juli, abends 8 Uhr, nach Etablisement Leipzig, Leipzigerstraße, zu Gera einberufen.  
 Die Tagesordnung ist allen Verwaltungsstellen und den gemählten Abgeordneten bereits zugestellt worden.  
 Gera, den 8. Juli 1906.

Für den Vorstand: H. Schreiber, Vorsitzender, G. Präfer, Hauptkassierer.

### • Brandenburg-Lausitzer Ausbreitungs-Verband.

**Bekanntmachung!**  
 Der 16. ordentliche Delegiertentag findet am 26. August in Weiskau N. L. im Hotel Seibel, Bahndorffstraße, statt. Anträge betreffend Abänderung der Statuten usw. müssen bis spätestens 4 Wochen vor Zusammentritt des Delegiertentages eingekandt sein. Tagesordnung wird durch Zirkular bekannt gegeben. Wir ersuchen die werten Verbände der Ortsvereine, die Delegiertenwahl auf ihre Tagesordnung zu setzen.

Der Vorstand: J. K.: Emil Keller, Schriftführer.

Zusammenschluß zu starken Gewerksvereinen noch vielmehr  
not als den Arbeitgebern.

In den Berichten der schweizerischen Fabrikuspektoren be-  
findet sich eine interessante Betrachtung über die Tageszeit, in welcher  
die meisten Unfälle passieren. Das Maximum der Unfälle liege  
nicht gegen das Ende der Arbeitszeit, sondern vor- und nachmittags,  
je ungefähr in der Mitte.

Zwischen 9 und 10 Uhr morgens und um 4 Uhr nachmittags  
passieren die meisten Unfälle; zwischen 10 und 11 nur 9,7,  
von 11 bis 12 bloß 6,1 pCt. und ebenso abends zwischen 5 und 6  
nur 8,1 pCt. Ein prädominierender Einfluß der Ermüdung ist also  
hieraus nicht zu erkennen.

Der Bericht führt einen großen Teil der Unfälle zurück auf die  
Weigerung der Arbeiter, die Schutzvorrichtungen zu benutzen. Arbeiter  
in Schreinereien sollen erklärt haben, sie verließen lieber die Arbeit,  
als daß sie die Schutzvorrichtungen benutzen.

Die Gemeindevertreterschaft von Neuendorf hatte sich zu be-  
schäftigen mit einem Antrag unseres Ortsverbandes auf Er-  
richtung eines **Gewerbegerichts**. Sämtliche Redner empfahlen die  
Annahme dieses Antrags und wurde derselbe zur Vorberatung an  
eine Kommission verwiesen, die sich mit Nowawes behufs Errichtung  
eines gemeinchaftlichen Gewerbegerichts in Verbindung setzen soll.  
Nowawes hat unsern Antrag bereits angenommen, so daß nunmehr  
der jahrelange Wunsch der Arbeiterchaft beider Orte auf Errichtung  
eines Kaufmannsgerichts wurde noch abgelehnt, da das kauf-  
männische Personal in Nowawes-Neuendorf nicht zahlreich genug sei.  
Ferner hatte unser Ortsverband beantragt, eine gewerbliche Fort-  
bildungsschule zu errichten. Die Gemeindevertreterschaft verwies  
auch diesen Antrag an eine Kommission, welche die Vorarbeiten zur  
Errichtung einer Fortbildungsschule erledigen soll.

**Einigungsverhandlungen** begannen heute mittag im Bureau der  
Papierverarbeitungs-Vereinsgenossenschaft in Berlin zur Beilegung  
des Kampfes im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Es nahmen Ver-  
treter der Gehilfen wie der Prinzipale aus allen größeren Druckorten  
Deutschlands an den Verhandlungen teil. Bei Schluß der Redaktion  
dauerten die Verhandlungen noch fort. Wir werden das Resultat in der  
dieswöchigen Donnerstags-Nummer unseres „Korrespondenzblattes“ ver-  
öffentlichen. Wie unsere Leser wissen, handelt es sich um eine große  
Ausperrung zu dem Zwecke, die in einigen Orten streikenden Ge-  
hilfen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Auf beiden  
Seiten wurde der Kampf mit großer Festigkeit geführt.

## Gewerksvereins-Zeil.

**§ Altenburg.** Der Ortsverband hielt am 28. Juni eine Ver-  
sammlung ab, in welcher Kollege Neufeldt-Berlin über die Arbeiter-  
vereinsvereine und ihre Aufgaben sprach. Der Redner schilderte die Aufgaben  
der Gewerksvereine auf dem Gebiete der Selbsthilfe und ging näher ein auch  
auf die Fragen, die noch der Lösung durch die Gesetzgebung harren. Hierbei  
zeigte er auch die Notwendigkeit der sozialen Versicherungsgebung  
und des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Mit einer zündenden Aufforderung an  
die Versammelten, energisch für die Ausbreitung der Gewerksvereine zu  
wirken, schloß der Vortragende. Der Versammlung wohnten auch zahlreiche  
Mitglieder des Frauergestellten-Vereins bei, die sich anerkennend  
über die Befredungen der Gewerksvereine aussprachen.

**§ Berlin.** Der Ortsverein der Frauen und Mädchen veran-  
staltete am Sonntag, den 8. Juli, einen gemeinsamen Ausflug nach Fried-  
richshagen und Umgebung. Die Beteiligung war eine recht rege, auch ver-  
schiedene männliche Kollegen hatten sich angeschlossen. Die Stimmung war  
eine sehr gemüthliche und hielt alle Anwesenden bei verschiedenen Spielen  
und Beschäftigungen bis zum Abend zusammen. Für eine frische Kognak- und  
ausserhalb wurde eine Sammlung veranstaltet. Dennoch wünsche ich, daß  
wir auch ferner fest und treu zusammenhalten wie an diesem schönen Tage.  
Hr. R. Wilhelm, Kassirerin.

**§ Berlin.** Der D. B. der Konditoren III (Badgehilfen) hielt  
unter Vorsitz des Kollegen Strafer am 5. Juli, Holmarstr. 72, eine Ver-  
sammlung ab, in welcher Bericht erstattet wurde über die Tarifbewe-  
gung. Das Referat hielt Kollege Rudolph. Die Kommission habe  
einig vorgehen wollen und sich daher auch an den Zentralverband der  
Konditoren und an den Charlottenburger Konditorgehilfenvereine gewendet.  
Der Zentralverband habe die Mitwirkung abgelehnt, weil er selbstständig vor-  
gehen wolle. Der Charlottenburger Verein hielt sich noch für zu jung, um  
mit in die Bewegung eintreten zu können. Es müßte die Kommission  
unseres Ortsvereins allein vorgehen. Der von uns eingereichte Tarif wurde  
von den vereinigten Innungen abgelehnt. Die Kundenzüner wollen es augen-  
scheinlich auf einen Kampf ankommen lassen, den sie haben sollen, wenn sie  
sich wünschen. Die Zustände in den Bäckereien können nicht so bleiben, wie  
sie sind. Ein Bäcker, Friedrichstr. 33, läßt sein Personal im Keller schlafen,  
obgleich der Meister Hausbesitzer ist. Wer in die sogenannte Schlafstube  
will, muß erst über ein Abkühlrohr steigen. Eine Bäckerei in Charlotten-  
burg, Kaiser Friedrichstr. 47, läßt entgegen den gesetzlichen Bestimmungen  
von abends 9 Uhr bis vormittags 10 Uhr, dann 2 Stunden Pause und  
hierauf wieder bis 2 Uhr nachts arbeiten. Die Gehilfen erhalten volle

Roth. Zum zweiten Frühstück gibt es eine Schmalzküchle mit etwas Belag.  
Mittags gibt es Bier, welches der Meister selbst abzieht, 30 Flaschen für  
1 Mk. Eine Bäckerei in der Mühlenstraße läßt ihre Gehilfen in einer  
Schlafstube hausen, in welcher außer zwei Betten und einem Schrank kein  
weiteres Stück Mobiliar vorhanden ist, nicht einmal ein Stuhl. Und dann  
12 Mk. Lohn und halbe Kost. Diese Beispiele mögen genügen. Das Kost- und  
Lohnwesen muß abgeschafft werden, denn in vielen Geschäften bekommen die  
Gehilfen nur das, was vom Tische des Meisters übrig bleibt. Natürlich  
muß der Gehilfe auch die alte Badwade essen. In manchen Schlafstuben ist  
es so unsauber und ungemüthlich, daß der Gehilfe nach harter Arbeit dort  
keine Erholung finden kann. Die Gehilfen müssen hiergegen vorgehen. Das  
kann nur erfolgreich geschehen, wenn sie in den Gewerksvereine eintreten. Wir  
haben jetzt unser eigenes Bureau, und da ist es allen Kollegen leicht ge-  
macht, Schulter an Schulter zu stehen und für bessere Zustände in so manchen  
Geschäften energisch zu kämpfen. Die Kollegen Scheffler und Kapin g  
sprachen sich in ähnlichem Sinne aus und wurde sodann beschlossen, noch  
einmal an die Innungen heranzutreten und zu erfragen, entweder den Tarif  
anzuerkennen oder mit der Kommission darüber zu beraten. Sollte auch  
dieses wieder erfolglos bleiben, so soll im Herbst in den Kampf eingetreten  
werden.

Unser Bureau befindet sich Brunnenstr. 190, Telephon-Nr. 3, Nr. 5396.  
Das Bureau vermittelt auch Stellen und werden die Kollegen ersucht, die  
Agenten zu meiden, damit der von diesen betriebene Stellenwucher endlich  
aufhört.

Dtto Rudolph, Reinkendorf, Raschdorferstr. 108.

**§ Danzig.** Der Ortsverband hielt am Donnerstag, 28. Juni,  
eine öffentliche Gewerksvereinsversammlung im Bildungsbereich ab.  
Kollege Borra-Ebing sprach über die Arbeiterorganisationen und ihr  
Verhältnis zueinander. Die sogenannten freien Gewerkschaften versuchen bei  
jeder Gelegenheit unsere Gewerksvereine am Jenge zu fassen. Wie aber die  
von den Gewerkschaften geführten Kämpfe, insbesondere die letzte Forme-  
bewegung bewiesen hätten, sei die Taktik der Gewerkschaften, insbesondere  
auch in ihrer Haltung gegenüber anderen Organisationen vollkommen falsch.  
Die Arbeiterchaft müsse die Ungefährlichkeit der Gewerkschaften bitter büßen.  
Bei der Niederlage der Gewerkschaften perle, dann suchten sie einen Brühl-  
knoten an den Gewerksvereine. Das Risiko, das die Gewerkschaften bei der  
Kassierer gemacht hätten, sei aber ein neuer Beweis dafür, wie wenig gerade  
diese Richtung in der Arbeiterbewegung geeignet sei, die Sache der Arbeiter  
wirklich zu fördern. In ihrem Ungehörigkeit besorgten die Gewerkschaften die  
Geschäfte der Unternehmer. Alles was nicht sozialdemokratisch sei, würde  
von ihnen heruntergerissen, so z. B. auch die englischen Gewerksvereine, ins-  
besondere die Königsberger „Volks-Zeitung“ habe neulich wieder die un-  
sinnige Behauptung aufgestellt, daß die englischen Gewerksvereine, deren Ver-  
mögen übrigens um 35 Millionen Mark zugenommen hat, in ihrer Leistung-  
fähigkeit zurückgegangen seien. Wenn die Arbeiterchaft vorwärts kommen  
wolle, so könne sie dies nur unter Beobachtung der Gewerksvereinsgrundsätze.  
In der Diskussion sprach für die Gewerkschaften Herr Bartel. Als die  
Herrschaften erkannten, daß sie für ihre Geheer in der Mehrheit der Ver-  
sammlung keinen Boden fanden, verließen sie, ohne das Schlusswort abzu-  
warten, feige die Versammlung. Die Gewerksvereine und die indifferenten  
Besucher der Versammlung werden an dem Betragen der Gewerkschaften von  
Neuem gelernt haben, wie die Arbeiterbewegung nicht geführt werden darf.  
Auch das Schlusswort des Referenten war sehr wirksam. Der Vorsitzende,  
Kollege Wischke, sprach dafür noch seinen besonderen Dank aus, worauf  
die Versammlung 12,45 Uhr nachts geschlossen wurde. O. Gossda.

**§ Radeberg.** Ueber die Lehren der Metallarbeiterausperrung sprach  
am vergangenen Sonnabend im hiesigen Ortsverbande Kollege Berndt-  
Dresden. Wie mehrfach in Sachen, so wandten auch die hiesigen Verbände  
den neuerdings beliebigen Trid an, daß sie, bevor der Referent das Wort  
erhielt, die bekanntesten Wünsche nach Bureauwahl, Redefreiheit usw. laut  
werden ließen. Uns blieb daher nichts weiter übrig, als diesen Wunschselben  
den Aufenthalt im Versammlungssaum zu verlieren. Erst nach dreimaliger  
Aufforderung kamen die Verbände diesem Verlangen nach. Nachdem Ruhe  
im Saale eingetreten war, hielt Kollege Berndt seinen Vortrag. Nach-  
dem er in seiner Rede die Zweifelhaftheit des Streiks und der Ausperrung  
sowie die bisher üblichen Ausperrungssysteme beleuchtet hatte, schilderte er  
eigentlich die Entwicklung der Ausperrung in der Metallarbeiterbranche.  
Redner führt den Nachweis, daß die 9wöchentliche Ausperrung nicht  
die geringsten Vorteile gebracht hat. Die Arbeiter sind zu den-  
selben Bedingungen wieder in die Arbeit hineingegangen, unter  
denen sie vorher schon gearbeitet haben. Die Erfüllung der Forderungen  
habe man in den guten Willen der Betriebsleitung legen müssen. — Eine  
gute Lehre aber, ermahnte Redner, sei aus der ganzen Entwicklung zu ziehen:  
Man müsse diplomatischer und kollegialer handeln. Als Grundbehalt stellt er  
auf, daß der Arbeiter erst sich selbst achten lernen müsse, ehe er Achtung von  
anderer Seite erwarten dürfe. — Auch stellte Kollege Berndt fest, daß heutz-  
utage noch die Arbeiterorganisationen bedeutend schwächer seien als die  
Unternehmerorganisationen. Doch, wenn alle einig wären, so könnten die  
Arbeiter auch heute schon etwas erreichen. Sicher sei, daß der Gewerks-  
vereinsgedanke liegen werde, die Lebensstellung des Arbeiter auf der vorge-  
zeichneten Basis zu verbessern. Es müsse eine gut geführte, gut gelehrte und  
vernünftige Arbeiterchaft herangebildet werden. Der Vortragende schloß mit  
den betheiligungsvollen Ausspruch: „Das 20. Jahrhundert gehört den  
Gewerksvereinen!“ In der darauffolgenden Debatte sprachen die Kollegen  
Feinz, Rothe, Lorenz, Böhm und Gräulich. Letzterer wendet sich insbe-  
sondere gegen unzulässige Angriffe in der Presse. — Im Schlusswort zog  
Kollege Berndt einen Vergleich zwischen den seitens des Gewerksvereins ge-  
währten Unterstufungen an Ausgeperrte und denjenigen des Metallarbeiter-  
verbandes. Er stellte fest, daß erstere höher waren als letztere und daß  
außerdem der Metallarbeiterverband noch bedeutend höhere Beiträge von  
seinen Mitgliedern fordere als die Gewerksvereine. — Hierauf sprach der  
Vortragende dem Redner seinen Dank aus und mahnte die Gewerksvereiner  
ernstlich, in Zukunft noch zahlreicher sich an den Versammlungen zu beteiligen.  
R. K.

**§ Sprottau.** Der Ortsverein der Raschnebauer veranstaltete  
am Sonnabend, den 23. d. Mts., im Saale Herber in Gulau eine öffentliche  
Versammlung, welche außerordentlich stark besucht war. Bezirksleiter